



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 26
01.07.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 34 % bzw. 33 %, SPD bei 23 % bzw. 22 %
----------------	--

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
-------------	---------------------------------------

Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Flüchtlingskrise wird als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	---

Wichtigstes Thema:	Debatte um EU-Austritt Großbritanniens, Referendum
--------------------	--

Anlage:	Halbjahresübersicht "Themen-Monitor"
---------	--------------------------------------

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	34 (+1)	33 (+1)
SPD	22 (+1)	23 (-)
FDP	6 (-)	6 (-)
DIE LINKE	9 (-)	10 (+1)
B'90/Grüne	12 (-1)	12 (-1)
AfD	10 (-1)	11 (-1)
Sonstige	7 (-)	5 (-)
Erhebungszeitraum	20.-24.06.	23.-29.06.

Die Union liegt bei forsa 12 (-) und bei Emnid 10 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	46 (-)
Gabriel	16 (+1)
Erhebungszeitraum	20.-24.06.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 30 (-1) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

88 % (-) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 3 % (+1) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 73 % (+8) für Merkel und 7 % (-1) für Gabriel entscheiden.

40 % (-1) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 29 % (-) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (03.07.2016)

Problemlösungskompetenz

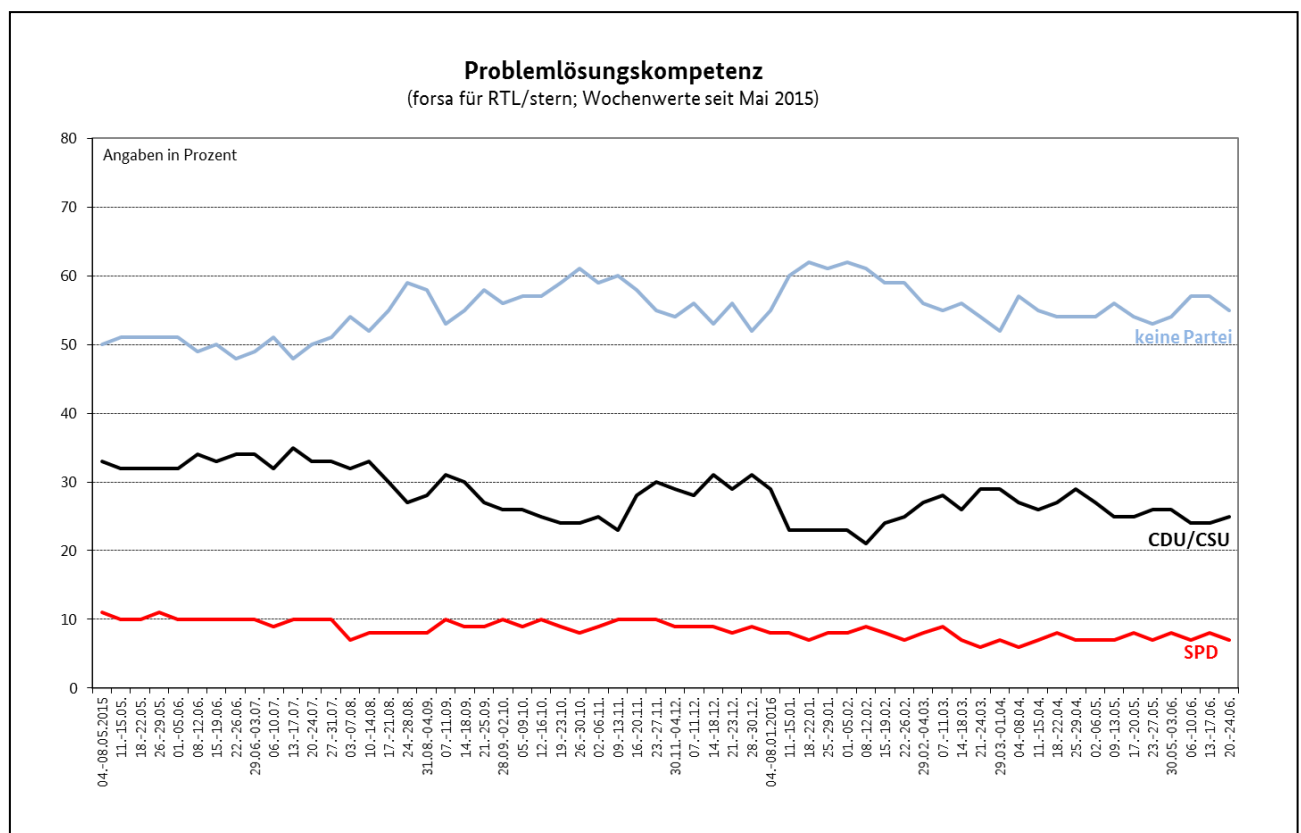
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	25 (+1)	
SPD	7 (-1)	
sonstige Parteien	13 (+2)	
keine Partei	55 (-2)	
Erhebungszeitraum	20.-24.06.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 18 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

55 % (-2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

70 % (+7) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 37 % (+1) von ihrer Partei.



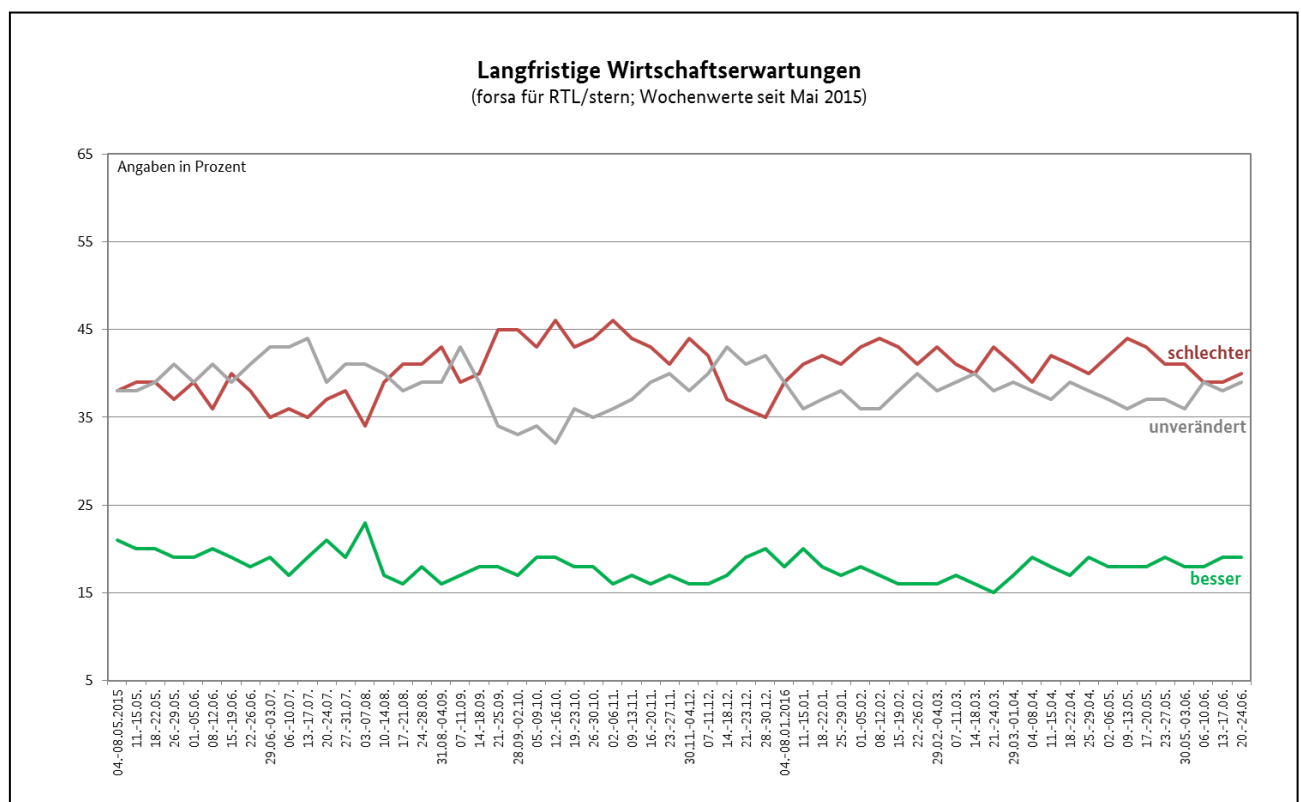
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	19	(-)
schlechter	40	(+1)
unverändert	39	(+1)
Erhebungszeitraum	20.-24.06.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 21 (+1) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 23

	forsa für BPA	
sehr große	13	(-)
große	45	(-2)
wenig	32	(-)
keine	10	(+3)
Erhebungszeitraum	20.-24.06.	

Ostdeutsche und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 64 %) sowie Anhänger der AfD (74 %) und der Linkspartei (70 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (64 % zu 52 %).

Unter 30-Jährige (50 %) und Anhänger der FDP (54 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 23

	forsa für BPA	
Asylbewerber, Flüchtlinge	16	(-)
Islamischer Staat (IS)	14	(-2)
Russland	12	(+5)
Syrien	12	(-1)
Krieg/Terrorismus allgemein	10	(+1)
Naher Osten, arabische Länder	8	(-3)
Ukraine	6	(-)
Türkei	6	(+1)
USA	5	(+1)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	5	(-)
Erhebungszeitraum	20.-24.06.	

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Flüchtlingskrise die größte Gefahr für Deutschland; allerdings entfallen auf die folgenden Themen nur geringfügig weniger Nennungen.

Personen mit einfacher formaler Bildung (21 %) nennen die Flüchtlingskrise überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 23

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	29	(-)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	10	(-)
Deutschland tut bereits genug	59	(+1)
Erhebungszeitraum	20.-24.06.	

30- bis 44-Jährige (37 %) sowie Anhänger der Grünen (42 %) und der Linkspartei (36 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (29 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Über 60-Jährige (67 %), Ostdeutsche (66 %), Personen mit einfacher formaler Bildung (65 %), Frauen und Geringverdiener (jew. 64 %) sowie Anhänger der Union (69 %), der FDP (68 %) und der SPD (64 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 23

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	41	(-1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	14	(-2)
verhält sich alles in allem genau richtig	41	(+4)
Erhebungszeitraum	20.-24.06.	

30- bis 44-Jährige (48 %) und Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (47 %) sowie Anhänger der AfD (74 %) und der FDP (52 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (24 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Union (53 %), der Grünen (48 %) und der SPD (46 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

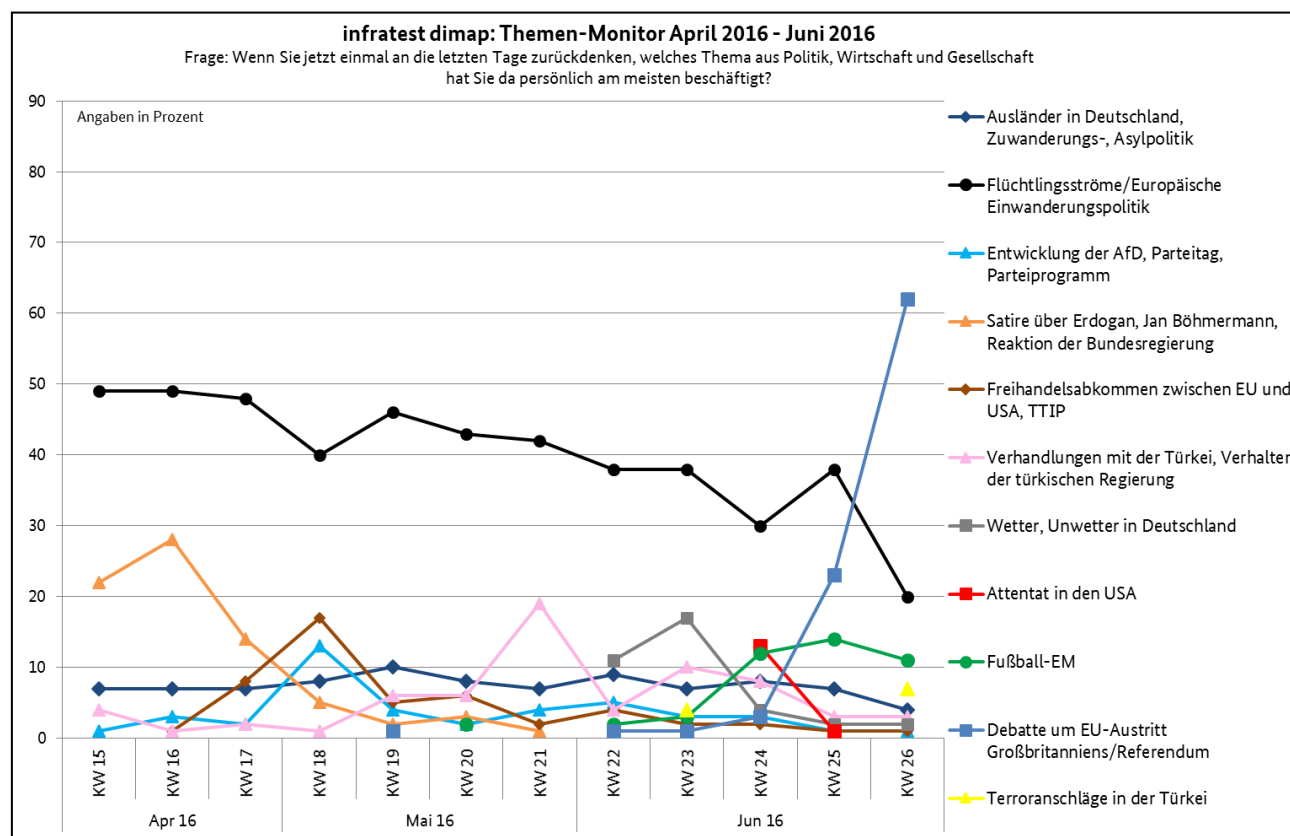
Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Referendum	62 (+39)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	20 (-18)
Fußball-EM	11 (-3)
Terroranschläge in der Türkei	7 (+7)
Erhebungszeitraum	28.-29.06.

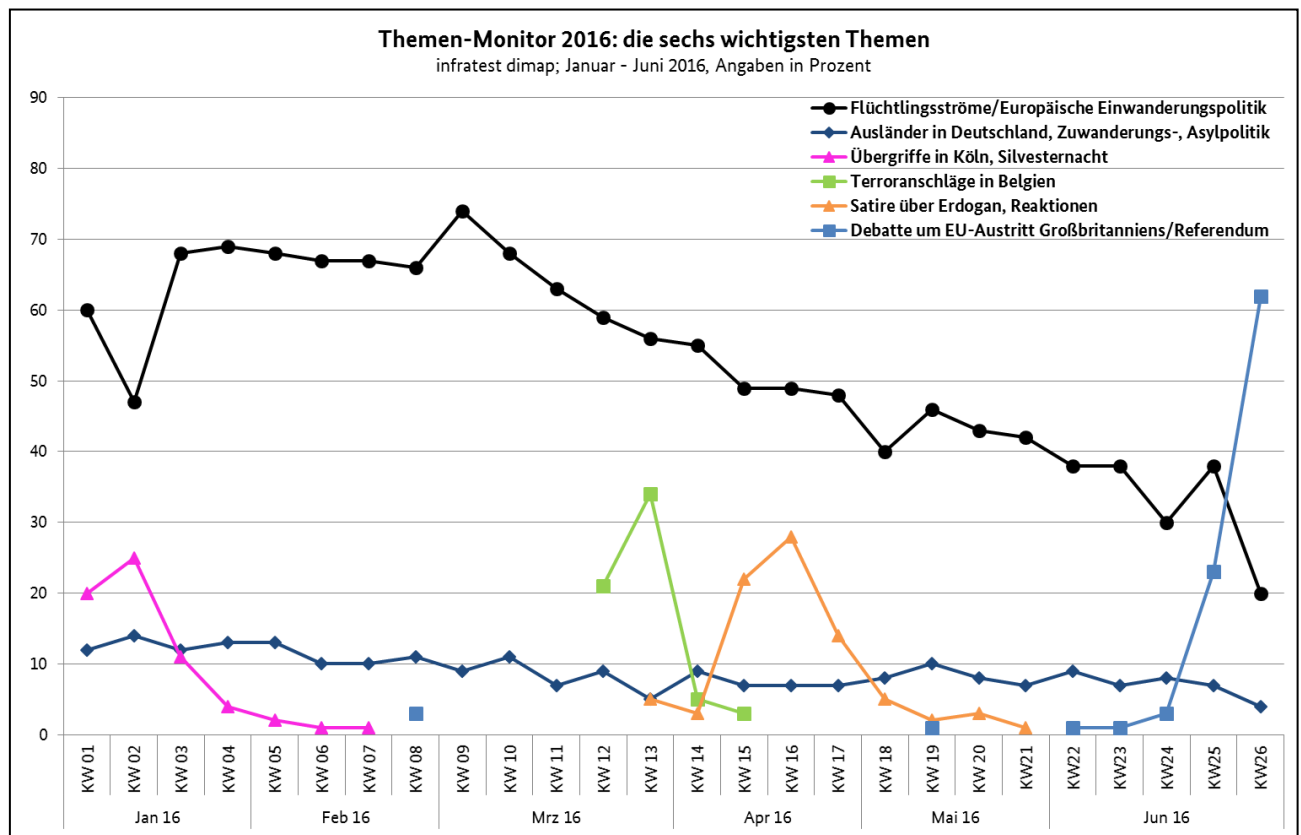
Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der Debatte um den EU-Austritt Großbritanniens bzw. dem Referendum.

Überdurchschnittlich häufig sehen 50- bis 64-Jährige (68 %) sowie Anhänger der FDP (81 %), der Union (77 %), der SPD (75 %), der Linkspartei (73 %) und der Grünen (72 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (75 % zu 53 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (74 % zu 44 %). Ostdeutsche (52 %) und unter 35-Jährige (54 %) sowie Anhänger der AfD (38 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Anhänger der AfD (37 %), der Union und der FDP (jew. 25 %) nennen die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik besonders häufig.



Die sechs wichtigsten Themen des ersten Halbjahres 2016



Die Grafik zeigt die wichtigsten Themen, die die Bundesbürger über das erste Halbjahr 2016 besonders beschäftigt haben.

Die "Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik" waren durchgehend das vorherrschende Thema der ersten sechs Monate. Der Höchstwert betrug im März 74 %. Diese Woche wurde es nun durch die "Debatte um den EU-Austritt Großbritanniens bzw. dem Referendum" abgelöst.

Weitere Themen, die kurz größere Aufmerksamkeit erlangten, sind die "Terroranschläge in Belgien", die "Satire über Erdogan, Reaktionen" und die "Übergriffe in Köln, Silvesternacht".